

Politischer Neubeginn in Malaysia: die Parlamentswahlen vom März 2008

Ufen, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ufen, A. (2008). *Politischer Neubeginn in Malaysia: die Parlamentswahlen vom März 2008*. (GIGA Focus Asien, 4). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276991>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Politischer Neubeginn in Malaysia: Die Parlamentswahlen vom März 2008

Andreas Ufen

Die Wahlen vom 8. März 2008 endeten mit einem sensationellen Resultat. Trotz der jahrzehntelangen Übermacht der Regierungskoalition konnte die Opposition nach ihrem schlechtesten Ergebnis bei den letzten Wahlen 2004 diesmal enorme Zugewinne erzielen. Sie stellt jetzt in fünf Bundesländern die Regierung.

Analyse:

Zwar konnte die Regierungskoalition, die Nationale Front, die Wahlen für sich entscheiden, sie musste aber so große Stimmenverluste hinnehmen, dass Oppositionspolitiker von einer „Revolution“ und einem Neubeginn sprachen. Die politischen Auseinandersetzungen werden sich in den kommenden Jahren erheblich wandeln.

- Ein ganzes Ursachenbündel ist für die Verluste der Regierungskoalition verantwortlich zu machen: die unzureichende Bekämpfung von Armut und Korruption, die verschlechterten interreligiösen Beziehungen, die provozierende Bekräftigung malaiischer Vorrechte durch Politiker der Partei von Premierminister Abdullah Badawi, der Stimmungsumschwung insbesondere unter Malaysiern indischer und chinesischer Abstammung, die anhaltend hohe Kriminalitätsrate, die gestiegenen Verbraucherpreise sowie die effiziente, teils durch den Einsatz neuer Medien erleichterte Arbeit und das Zusammenrücken der zivilgesellschaftlichen und parteipolitischen Opposition seit 2004.
- Die Opposition ist mit 82 Abgeordneten im nationalen Parlament sowie durch die Übernahme von nunmehr fünf Landesregierungen stark repräsentiert. Die politische Kultur und das politische System Malaysias könnten in den kommenden Jahren nachhaltig verändert werden. In den fünf Bundesländern kann die Opposition zudem für mehr Transparenz, einen effektiven Kampf gegen Korruption und eine Demokratisierung in den Kommunen sorgen.
- Bei den großen ethnischen Gruppen haben die Regierungsparteien ihren Alleinvertretungsanspruch verloren. Premierminister Badawi ist – ebenso wie andere Parteiführer – geschwächt. Es werden in den nächsten Monaten heftige innerparteiliche Kämpfe erwartet.
- Die enormen Gewinne der säkularen Oppositionsparteien signalisieren eine größere Bereitschaft der Wähler, sich von kommunalistischen, also ethnischen und religiösen, Zuordnungen zu lösen.

Schlagwörter: Malaysia, Wahlen, Parteien, Barisan Nasional, Opposition

1. Einleitung

Am 13. Februar wurde das Parlament durch Premierminister Abdullah Badawi nach Konsultation des Königs aufgelöst – mehr als ein Jahr vor dem endgültigen Ablauf der Legislaturperiode. Die Wahlkommission legte den Wahltermin auf den 8. März. Es standen nicht nur 222 Mandate für das nationale Parlament (*Dewan Rakyat*), sondern auch 505 Sitze in zwölf der 13 Länderparlamente (*Dewan Undangan Negeri*) zur Abstimmung. Einzige Ausnahme war Sarawak, wo zuletzt im Mai 2006 gewählt worden war.

Malaysia hat ein Zweikammerparlament. Die erste Kammer, der Senat, ist weitgehend einflusslos. Die zweite Kammer ist das Repräsentantenhaus, dessen Mitglieder in relativer Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen gewählt werden. Die Regierungskoalition Nationale Front (*Barisan Nasional* – BN) hat sämtliche nationalen Wahlen seit der staatlichen Unabhängigkeit 1957 gewonnen. Zur BN, die von der UMNO (*United Malays National Organization*) angeführt wird, gehören gegenwärtig 14 Parteien, die in der Regel jeweils bestimmte ethnische Gruppen repräsentieren, also etwa die Mehrheit der Malaien (53,4 % der Bevölkerung) oder die chinesische und die indische Minderheit (26,0 % bzw. 7,7 %). Die wichtigsten dieser Parteien sind neben der UMNO die MCA (*Malaysian Chinese Association*), die PBB (*Parti Pesaka Bumiputera Bersatu – United Traditional Bumiputera Party*), der MIC (*Malaysian Indian Congress*) sowie Gerakan (*Parti Gerakan Rakyat Malaysia – Party Gerakan*).

Ein wesentliches Merkmal des politischen Systems sind begrenzt kompetitive Wahlen, bei denen die Oppositionsparteien stark benachteiligt sind: Die Wahlkreise sind zugunsten der BN eingeteilt, außerdem wird die Berichterstattung von den staatlichen und regierungsnahen Medien beherrscht. Zeitungen der Opposition sind kaum erhältlich. Im Wahlkampf verfügen die Regierungsparteien über ungeheure finanzielle Mittel und können einzelnen Wahlkreisen umfassende staatliche Investitionen in Aussicht stellen. Außerdem kommt es zu erheblichen Einschränkungen der Organisations-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit (Lim/Ong 2006).

Die Opposition war bisher in aller Regel fragmentiert und zerstritten. Eine bedeutende Ausnahme stellten die Wahlen 1999 dar, als sich die wichtigsten Oppositionsparteien, also die PAS (*Parti Islam SeMalaysia – Pan-Malaysian Islamic Party*), die DAP

(*Democratic Action Party*) und die PKN (*Parti Keadilan Nasional – National Justice Party*; seit 2004 PKR, *Parti Keadilan Rakyat – People's Justice Party*), in der Alternativen Front (*Barisan Alternatif* – BA) vereinigten und als eine Zeitlang sogar ein Sieg dieser Koalition möglich erschien. Damals hatte sich nach der Verhaftung des stellvertretenden Premierministers Anwar Ibrahim aus Protest und aus Solidarität mit ihm die prodemokratische *Reformasi*-Bewegung gebildet. Letztlich gewann die BN auch 1999 eine Zweidrittelmehrheit der Mandate und konnte 2004 sogar einen der größten Wahlerfolge seit den 1950er Jahren erzielen, zumal sich die BA inzwischen mit dem Austritt der DAP wieder gespalten hatte.

2. Entwicklungen vor den Wahlen

Bei den Wahlen 2004 (Matoen/Mokhtar 2006; Lim/Ong 2006) gewann die BN 198 der 219 Sitze des nationalen Parlamentes und 505 der 552 Sitze auf Landesebene. Für die Opposition endeten die Wahlen desaströs. Die PAS verlor die Mehrheit im Bundesland Terengganu. Für die PKR konnte sich nur Wan Azizah, die Ehefrau Anwar Ibrahim, in ihrem Wahlkreis durchsetzen. Die DAP war die einzige Oppositionspartei, die mit immerhin zwölf Abgeordneten im nationalen Parlament ihr Wahlziel erreichte.

Einer der wesentlichen Gründe für den Sieg der BN war die Popularität des im Oktober 2003 neu ins Amt gekommenen Premierministers Abdullah Badawi gewesen, der einen anderen Führungsstil als sein autokratischer Vorgänger Mahathir Mohamad pflegte. Badawi, ein orthodoxer Muslim, der aus einer einflussreichen malaiischen Familie von *ulama* (islamischen Gelehrten) stammt, hatte nach seiner Amtsübernahme einige Reformen eingeleitet. In den Jahren nach den Wahlen von 2004 zeigte sich aber, dass die versprochene Bekämpfung von Armut und Korruption ausblieb, sich die interethnischen und interreligiösen Beziehungen nicht verbesserten und dass auch ein wirtschaftspolitischer Wandel, also eine grundlegende Abwendung von teuren Prestigeprojekten, nicht stattfand (Pepinsky 2007).

Seit 2006 kritisiert zudem Mahathir seinen Amtsnachfolger und die Regierungskoalition. Im August 2006 forderte er gar den Rücktritt Badawis. Seine Kritik dürfte zumindest dazu beigetragen haben, dass die Position des Premierministers, der auch innerhalb seiner eigenen Partei keine starke Machtbasis hat, geschwächt wurde. Mehrfach gab

Mahathir der oppositionsnahen Internetzeitung *Malaysiakini* Interviews und machte keinen Hehl daraus, dass er Badawi für unfähig und weite Teile der Regierungskoalition für korrupt hält.

Auch die Kritik der Opposition entzündete sich u. a. an dem – aus deren Sicht – niemals ernsthaft begonnenen Kampf des Premierministers gegen Korruption (Nathan 2006; Ooi 2007; *The Star*, 4.3.2007; *Malaysiakini*, 23.3., 5.4., 10.4.2007). Tatsächlich wurde fast niemand angeklagt oder aus öffentlichen Ämtern gedrängt. Der Parteitag der UMNO im Jahr 2004 ging als einer der am stärksten von *money politics* geprägten in die Parteigeschichte ein. Die UMNO-interne Kommission zur Korruptionsbekämpfung ist bisher kaum aktiv geworden. Badawis Sohn und sein Schwiegersohn Khairy Jamaluddin, der kompetenthaft aufgestiegene und sehr einflussreiche stellvertretende Vorsitzende der UMNO-Jugendorganisation, gerieten bereits mehrfach ins Zwielficht. Dasselbe gilt für die Ministerin für Internationalen Handel und Industrie, Rafidah Aziz, die zuletzt für die intransparente Vergabe von Genehmigungen zur vergünstigten Einfuhr von PKW verantwortlich war. Der stellvertretende Minister für Innere Sicherheit, Mohd Johari Baharum, soll mehreren Personen aus der Unterwelt gegen Bezahlung die vorzeitige Freilassung ermöglicht haben, und der stellvertretende Premierminister, Najib Tun Razak, steht im Verdacht, nicht nur indirekt in einen Mordfall verwickelt zu sein, sondern auch in die mit Bestechungszahlungen verbundene Beschaffung russischer Sukhoi-Jets und französischer U-Boote.

Neben diesen spektakulären Korruptionsfällen beschäftigte die Öffentlichkeit eine Verschlechterung der interethnischen und interreligiösen Beziehungen. Beim UMNO-Parteitag im Juli 2005 votierten die Delegierten für eine Weiterführung der umstrittenen Pro-Bumiputera-Politik, also der aktiven Förderung der „Söhne der Erde“, das sind in erster Linie Malaien. Außerdem waren auf den letzten Kongressen mehrfach malaiisch-chauvinistische Stimmen zu hören. Bildungsminister Hishammuddin, der auch Vorsitzender der UMNO-Jugendorganisation ist, schwenkte beispielsweise auf den Kongressen den *keris* (Dolch) als Zeichen der malaiischen Vorherrschaft (*Ketuanan Melayu*) und Wehrhaftigkeit. Alles das wurde von den ethnischen Minderheiten mit großer Beunruhigung aufgenommen.

Der malaiische Chauvinismus und die damit verknüpfte Instrumentalisierung des Islam bewo-

gen neun nichtmuslimische Minister, im Januar 2006 ein Memorandum vorzulegen, in dem sie ihre Besorgnis wegen der angespannten interreligiösen Beziehungen zum Ausdruck brachten. Sie sprachen sich dafür aus, Gesetze, die die Rechte religiöser Minderheiten berühren, zu überprüfen. Nach Protesten zogen die Minister ihr Memorandum zurück (*New Straits Times*, 21.1.2006).

Häufig berichteten die Medien in den letzten Jahren über kontroverse Fälle, die das Zusammenleben der religiösen Gemeinschaften betrafen (*Malaysiakini* 30.5., 4.6.2007; *The Star* 2.6.2007). Die Malaiin Lina Joy beispielsweise versucht seit mehreren Jahren ihre Konversion vom Islam zum Christentum legalisieren zu lassen; sie wurde aber unlängst an das Oberste Scharia-Gericht verwiesen. Revathi Masoosai wurde 2007 wegen angeblicher Apostasie sechs Monate in einem Rehabilitationszentrum in Selangor festgehalten. Und in einem anderen Fall wurde Maniam Moorthy nach muslimischen Riten begraben, obwohl seine Angehörigen behaupten, er sei Hindu geblieben und nicht, wie von den Behörden angenommen, zum Islam konvertiert. Solche Auseinandersetzungen, die essenzielle Fragen betreffen und vor allem die Minderheiten, aber auch liberale Muslime beunruhigen, sind typisch in einem Land, in dem es seit mehreren Jahrzehnten zu einer umfassenden Islamisierung gekommen ist (Ufen 2008). Das drückt sich nicht nur im Islamismus der PAS, sondern auch in einer zunehmend konservativ-orthodoxen Haltung der UMNO aus. Versuche, einen öffentlichen Dialog der Religionsgemeinschaften zu organisieren, schlugen deshalb fehl. Zuletzt wurde eine internationale interreligiöse Konferenz, die Anfang Mai 2007 in Kuala Lumpur stattfinden sollte, eine Woche vorher von den Behörden verboten. In einem solchen Umfeld sind Gruppierungen wie *Article 11*, die sich für Religionsfreiheit einsetzen, marginalisiert. Der multireligiösen Dachorganisation wurde es im Juli 2006 untersagt, weitere Diskussionsveranstaltungen durchzuführen. Mit anderen Worten: Der von Badawi propagierte moderate „*Islam Hadhari*“ („*Civilizational Islam*“) besteht aus der Sicht religiöser Minderheiten nur aus wohlklingenden Phrasen, noch dazu, weil jüngst der stellvertretende Premierminister Najib und anschließend Badawi die 2001 von Mahathir aufgestellte, höchst kontroverse Behauptung, Malaysia sei ein Islamstaat, bestätigten.

3. Rekonstituierung der Opposition

Als Anwar im September 2004 in einem Revisionsverfahren überraschend freigesprochen wurde, wohl mit dem Einverständnis Badawis, wurde die Opposition aus ihrer Lethargie gerissen. Anwar, der ehemalige Stellvertreter Mahathirs, der nach seiner spektakulären Festnahme und Verurteilung aus dem Gefängnis heraus die PKN (später: PKR) de facto führte, erwies sich als Integrationsfigur. Er konnte zwischen den konservativen, orthodoxen Muslimen der PAS, den säkular orientierten Aktivisten der DAP und seiner eigenen multiethnischen Partei vermitteln.

Durch die Wahlniederlage 2004 war die konservative *ulama*-Faktion der PAS um Abdul Hadi Awang unter Druck geraten. Die Partei schwächte in der Folge ihre Haltung in der Frage des Islamstaates ab (Liew 2007). Bei den Parteitagungen 2005 und 2007 stiegen Reformer in wichtige Positionen auf. Sie streben eine Modernisierung der Partei an, d. h. eine stärkere Berücksichtigung von Frauen und eine Rekrutierungsoffensive vor allem unter jungen Wählern, z. B. mit „alternativem Entertainment“, sowie die Einführung moderner Management- und Wahlkampfmethoden. Außerdem wollen sie – insbesondere nach der Freilassung Anwars – die Partei wieder stärker für Koalitionen auch mit säkularen Kräften öffnen.

Die *Reformasi*-Bewegung wurde nicht nur durch politische Parteien, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen, die sich u. a. mit Hilfe neuer Medien organisierten, belebt. So entstand eine alternative Öffentlichkeit. Die einzige Tageszeitung beispielsweise, die weitgehend offen berichtet, ist die nur online erscheinende *Malaysiakini*. Seit ein paar Jahren werden außerdem Blogs immer populärer. Das gilt auch für die Verbreitung von Videoaufnahmen etwa auf YouTube. Ein Video-Clip („The Lingam-Tape“), auf dem dargestellt ist, wie die Besetzung wichtiger Richterposten informell festgelegt wird, wurde von Anwar Ibrahim bei einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgespielt. Unter anderem als Reaktion auf diese Enthüllungen marschierten am 26. September 2007 gut 2.000 Juristen in einem „Walk for Justice“ durch Putrajaya. Aufgrund der öffentlichen Debatte sah sich die Regierung zudem gezwungen, eine Untersuchungskommission einzurichten (Malaysiakini, 19.9., 27.9. und 29.10.2007). Zwar versuchte die Regierung mehrfach, diesen neuen öffentlichen Raum einzuschränken, letztlich ist sie aber ohnmächtig.

Schließlich wurde im *Communications and Multimedia Act* von 1998 im Zuge der Errichtung von Cyberjaya, der malaysischen Silicon-Valley-Variante, der freie Datenverkehr im Internet garantiert (The Economist, 13.3.2008).

Vor allem in den Wochen vor den Wahlen 2008 katalysierten zwei Ereignisse die Entstehung einer breiten, weit in die Zivilgesellschaft hineinreichenden Oppositionsbewegung. Am 10. November 2007 beteiligten sich in Kuala Lumpur etwa 30.000 Menschen an der größten Demonstration seit der *Reformasi*-Ära (Malaysiakini, 5.-12.11.2007; The Star, 10.11. und 12.11.2007; New Straits Times, 11.10.2007). Organisiert wurde der von der Regierung verbotene Protest von der *Coalition for Clean and Fair Elections* (*Gabungan Pilihanraya Bersih dan Adil*), kurz: Bersih. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von etwa 70 Parteien und Nichtregierungsorganisationen, zu dem u. a. die PKR, die DAP, die PAS, der Gewerkschaftsverband MTUC (*Malaysian Trade Union Congress*) sowie verschiedene Menschenrechtsorganisationen wie Aliran und Hakam zählen. Eine Delegation, die von Anwar Ibrahim angeführt wurde, übergab dem Sekretär des Königs ein Memorandum, in dem u. a. eine Reform des Wahlgesetzes gefordert wird. Die Polizei ging mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Demonstranten vor. Ähnlich brutal schritt sie bei Protesten ein, die gut zwei Wochen später, am 25. November 2007, stattfanden. Etwa 30.000 Menschen, angeführt von der *Hindu Rights Action Force* (Hindraf), gingen in Kuala Lumpur auf die Straße, um gegen die Diskriminierung der indisch-hinduistischen Minderheit zu demonstrieren (der Abriss eines Tempels in Selangor war der unmittelbare Auslöser für die Proteste). Die staatlich als einheitliche ethnische Gruppe definierten Inder profitieren von der Pro-Bumiputera-Politik nicht und fühlen sich daher politisch und wirtschaftlich diskriminiert. Bisher wurde diese tiefsitzende Unzufriedenheit durch politische oder religiöse Organisationen kaum artikuliert, die Hindraf-Proteste haben diese Situation jedoch schlagartig geändert. Die verbotene Demonstration wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Am 13. Dezember 2007 wurden dann sogar fünf Organisatoren der Proteste wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit unter Berufung auf den drakonischen *Internal Security Act* verhaftet.

Diese Ereignisse stärkten aber nicht nur den Zusammenhalt der Opposition, spätestens seit der Hindraf-Demonstration gerieten auch der MIC und sein Vorsitzender Samy Vellu, der ihn seit 1979 zu-

nehmend autoritär führt, unter Druck. Der MIC hat innerhalb der BN eine wichtige Funktion als Stimmenbeschaffer; bei den Wahlen von 2004 konnten sämtliche Kandidaten des MIC ihre Wahlkreise gewinnen.

4. Der Wahlkampf

Badawi legte den Wahltermin so, dass Anwar, der nach geltendem Recht erst Mitte April 2008 wieder für ein Amt kandidieren durfte, weiterhin nur als „Berater“ der PKR fungieren konnte. Der Wahlkampf, der aus dem „house-to-house campaigning“ der Kandidaten, öffentlichen Kundgebungen (*ceramah*) usw. besteht, wurde diesmal auf 13 Tage festgesetzt. Die Oppositionsparteien hoben die Versäumnisse der BN hervor, insbesondere die grassierende Korruption, die hohe Kriminalitätsrate und die fehlende Bereitschaft der Regierung, die Polizei trotz der Empfehlungen einer vom König eingesetzten Kommission zu reformieren. Die Opposition setzt sich außerdem im Gegensatz zur BN u. a. für freie und faire Wahlen, für die Abschaffung repressiver Gesetze, wie des *Internal Security Act*, und der Pro-Bumiputera-Politik ein. Außerdem fordert sie die Wiedereinführung von Kommunalwahlen. Besonders die DAP und die PKR betonen die Rechte religiöser und ethnischer Minderheiten. Die PAS verzichtete anders als 2004, aber ähnlich wie 1999, auf eine Thematisierung der Frage der Scharia und des Islamstaates. Sie konzentrierte sich stattdessen, wahrscheinlich nach dem Vorbild islamistischer Parteien in der Türkei und Indonesien, auf die Propagierung eines Wohlfahrtsstaates.

Die Oppositionsparteien konnten sich im Februar darauf einigen, außer in einigen Regionen Ostmalaysias, sogenannte „three-cornered fights“ zu vermeiden, also in jedem Wahlkreis nur jeweils einen Kandidaten antreten zu lassen. Ein solcher Pakt ist keineswegs selbstverständlich. Im Wahlkampf traten Vertreter der DAP und der PKR sowie der PKR und der PAS bei Veranstaltungen häufig gemeinsam auf. Es kam diesmal aber nicht zu einem Bündnis wie 1999 (damals als BA).

Die BN verwies im Wahlkampf insbesondere auf ihre wirtschaftspolitischen Erfolge. Im Jahre 2007 betrug das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes 6,3 %, im letzten Quartal des Jahres sogar 7,3 %. Allerdings machten der Regierung steigende Preise für Nahrungsmittel und Benzin zunehmend zu schaffen. Vor wenigen Wochen kam es sogar zu

einem Engpass bei der Versorgung mit Palmöl. Der Wahltermin wurde auch deshalb auf einen so frühen Zeitpunkt gelegt, weil die Regierung in naher Zukunft die Subventionen für Benzin weiter senken will. Die Opposition hat aus den Ausgabensteigerungen für die Bevölkerung Kapital geschlagen und die Subventionskürzungen strikt abgelehnt. Sie will zudem die Verantwortlichkeiten von Aufsichtsbehörden (z. B. der Menschenrechtskommission und der Antikorruptionsbehörde) stärken, volle Transparenz der öffentlichen Haushalte und Staatsunternehmen herstellen sowie letztlich die Patronagemaschine der BN zerschlagen.

Die starken Verluste der Regierungskoalition deuteten sich in Umfragen, von denen viele nicht veröffentlicht werden, bereits an. Anwar Ibrahim war sich wenige Tage vor den Wahlen schon sicher, dass die BN ihre Zweidrittelmehrheit einbüßen werde und bezog sich u. a. auf geheimdienstliche Quellen. Diese Einschätzung veranlasste ihn zu der Vermutung, dass die Entscheidung der Wahlkommission vom 4. März, nichtabwaschbare Tinte aus Sicherheitsgründen nicht einzusetzen, gefällt worden war, um durch verschiedene Manipulationen die Verluste zu begrenzen. Es gibt außerdem Hinweise darauf, dass die BN vor allem durch die Briefwahl stark bevorteilt wird und dass es aufgrund mangelhaft geführter Wählerverzeichnisse zur mehrfachen Stimmenabgabe kommt.

5. Ergebnisse

Auf den ersten Blick scheinen die Wahlergebnisse nicht spektakulär zu sein, da die Regierungskoalition weiterhin eine deutliche Mehrheit der Sitze für sich verbuchen kann (siehe Tabelle 1). Vor dem Hintergrund der über 50-jährigen Dominanz der BN in einem politischen System, das zunehmend autoritäre Züge angenommen hat, sind die Resultate jedoch sensationell.

Die BN gewann 51 % der Stimmen, aber 63 % der Sitze auf Bundesebene. Ihr Wahlsieg beruhte auf der außerordentlichen Dominanz in drei Bundesländern: in Johor, das seit jeher die wichtigste Machtbasis der UMNO ist, sowie in den ostmalaysischen Bundesländern Sarawak und Sabah, wo die BN 30 von 31 bzw. 24 von 25 Mandaten für das nationale Parlament gewinnen konnte. Auf der Landesebene waren die BN-Erfolge besonders in Sabah (56 der 57 Sitze), in Perlis (14 der 15 Sitze) und in Johor (50 der 56 Mandate) ungefährdet.

Tabelle 1: Abgeordnete im nationalen Parlament seit 1990 (wichtigste Parteien)*

	1990	1995	1999	2004	2008
Barisan Nasional (BN)	127	162	148	198	140
UMNO	71	88	72	109	79
MCA	18	30	28	31	15
PPBB (seit 2004: PBB)	10	13	10	11	14
MIC	6	6	7	9	3
Gerakan	5	7	7	10	2
Opposition	49	30	45	20	82
PAS	7	7	27	7	23
PKN (seit 2004: PKR)	-	-	5	1	31
DAP	20	9	10	12	28
PBS (seit 2004 Teil der BN)	14	8	3	**	-
Semangat '46***	8	6	-	-	-
Gesamt	180	192	193	219	222

* DAP – *Democratic Action Party*,
Gerakan – *Parti Gerakan (Parti Gerakan Rakyat Malaysia)*,
MCA – *Malaysian Chinese Association*,
MIC – *Malaysian Indian Congress*,
PAS – *Pan-Malaysian Islamic Party (Parti Islam SeMalaysia)*,
PBB – *United Traditional Bumiputera Party (Parti Pesaka Bumiputera Bersatu)*,
PBS – *United Sabah Party (Parti Bersatu Sabah)*
PKN – *National Justice Party (Parti Keadilan Nasional)*,
PKR – *People's Justice Party (Parti Keadilan Rakyat)*,
UMNO – *United Malays National Organization*.

** 4 Sitze für die BN.

*** Abspaltung von der UMNO; die meisten Mitglieder traten 1996 dieser wieder bei.

Quelle: Election Commission.

In Westmalaysia erhielt die BN nur 49,8 % der gültigen Stimmen. Die UMNO verlor allein 30 Sitze im nationalen Parlament. Der MIC büßte sechs der neun Sitze im *Dewan Rakyat* und 13 der 19 Sitze in Landesparlamenten ein. Parteipräsident Samy Velu verlor – nach 34 Jahren – sein Mandat in Sungai Siput. Die mehrheitlich chinesische Partei Gerakan, die seit 1969 in Penang regiert hatte, verlor dort sämtliche Sitze. Parteipräsident Koh Tsu Koon bot seinen Rücktritt an. Die MCA erhielt in nur 15 von 40 Wahlkreisen auf Bundesebene, und in 31 von 90 Wahlkreisen auf Landesebene die Mehrheit. MCA-Präsident Ong Ka Ting übernahm ebenfalls die Verantwortung für die Wahlniederlage und erklärte, keine Position im Kabinett annehmen zu wollen.

Für die Oppositionsparteien waren die Wahlsiege in fünf der 13 Bundesländer noch wichtiger als die 82 Sitze im nationalen Parlament. In Kedah gewannen sie 22 der 36 Sitze (PAS 16, PKR 5, DAP 1), in Kelantan 39 von 45 (PAS 38, PKR 1), in Penang 29 von 40 (DAP 19, PKR 9, PAS 1), in Perak 31 von 59 (DAP 18, PKR 7, PAS 6) und in Selangor 36 von

56 (PKR 15, DAP 13, PAS 8). Die PAS konnte nicht nur ihre Mehrheit in Kelantan, die sie seit 1990 innehat, verteidigen, sie stellt außerdem in Perak und Kedah jeweils den neuen Ministerpräsidenten (*Chief Minister*). Darüber hinaus gibt es eine von der DAP geführte Regierung in Penang und ein Kabinett unter Führung des PKR-Generalsekretärs in Selangor.

Anders als bei den letzten Wahlen waren die Oppositionsparteien besonders in Wahlkreisen mit heterogener ethnischer Zusammensetzung (*mixed seats*) erfolgreich, da diesmal die Mehrheit der Chinesen und der Inder gegen die BN-Parteien stimmte. Eine Meinungsumfrage des *Merdeka Centre* hatte Ende Januar ergeben, dass nur 38 % der Inder und 42 % der Chinesen mit der Arbeit Badawis zufrieden gewesen seien (International Herald Tribune, 31.1.2008). Nach Ong (2008) wählten in Westmalaysia insgesamt 58 % der Malaien, aber nur 35 % der Chinesen und 48 % der Inder BN-Kandidaten. Der Swing von der BN zur Opposition betrug dort bei den Malaien fünf, bei den Chinesen 30 und bei den Indern sogar 35 Prozentpunkte. Es ist unklar, ob es sich in erster Linie um Protestwahlen gehandelt hat oder ob die Ergebnisse Ausdruck einer langfristigen Veränderung des Wählerverhaltens sind.

6. Ausblick

Die Regierung und die BN-Parteien stehen nun unter enormem Druck. Die Regierungskoalition ist gegenwärtig so geschwächt wie zuletzt 1969, als ein ähnliches Wahldesaster zu ethnischen Unruhen, zur Ausrufung eines 20 Monate währenden Ausnahmezustandes und zur dauerhaften Einschränkung von Grundrechten führte.

In fast allen BN-Parteien könnte es in naher Zukunft zu umfangreichen personellen Veränderungen kommen. Zahlreiche Spitzenpolitiker werden ihre politische Laufbahn beenden müssen; gerade auch die Position von Premierminister Abdullah Badawi ist nachhaltig geschwächt. Rücktrittsforderungen, u. a. von seinem Vorgänger Mahathir Mohamad, konnte er bisher allerdings erfolgreich abwehren und eine neue Regierung bilden.

Die Opposition hat nicht nur mit 82 Abgeordneten im nationalen Parlament eine sehr starke Repräsentation, die Verfassungsänderungen blockieren kann. Sie hat überdies in fünf Landesparlamenten Regierungsverantwortung übernommen und kann dort umfassende Reformen einleiten.

Es ist in den nächsten Jahren mit einer wesentlichen Intensivierung der politischen Auseinandersetzungen sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb der Zivilgesellschaft zu rechnen. Dabei wird es entweder zu einer politischen Öffnung oder vermehrt zu staatlicher Repression kommen.

Literatur

- Liew Chin Tong (2007): PAS Leadership: New Faces and Old Constraints, in: Daljit Singh/Lorraine C. Salazar (Hg.): Southeast Asian Affairs 2007, Singapur: ISEAS, S. 201-213.
- Lim Hong Hai/Ong Kian Ming (2006): The 2004 general election and the electoral process in Malaysia, in: Aurel Croissant/Beate Martin (Hg.): Between Consolidation and Crisis. Elections and Democracy in Five Nations in Southeast Asia, Hamburg.
- Matoen, Abdul Rashid/Tunku Mohar Mokhtar (2006): The 2004 general elections in Malaysia, in: Asian Survey, 46,2, S. 319-340.
- Nathan, K. S. (2006): Malaysia: The Challenge of Money Politics and Religious Activism, in: Daljit Singh/Lorraine C. Salazar (Hg.): Southeast Asian Affairs 2006, Singapur: ISEAS, S. 151-171.
- Ong Kian Ming (2008): Making sense of the political tsunami, in: Malaysiakini, 11.3.2008.
- Ooi Kee Beng (2007): Malaysia: Abdullah Does It His Own Vague Way, in: Daljit Singh/Lorraine C. Salazar (Hg.): Southeast Asian Affairs 2007, Singapur: ISEAS, S. 183-200.
- Pepinsky, Thomas B. (2007): Malaysia: Turnover Without Change, in: Journal of Democracy, 18,1, S. 113-127.
- Ufen, A. (2008): Islamisierungsmuster in Südostasien. Die vielgestaltige Mobilisierung des politischen Islam in Indonesien und Malaysia, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 18,1, S. 51-78.

■ Der Autor

Dr. Andreas Ufen ist wissenschaftlicher Referent am GIGA Institut für Asien-Studien und Mitglied im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“.

E-Mail: ufen@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/ufen>.

■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Der Autor leitete bis Ende 2007 das von der DFG finanzierte Forschungsprojekt „Islam und Demokratie in Südostasien. Politischer Islam, Konfliktlinien und Demokratisierung in Indonesien und Malaysia“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Lee, J. C. H. (2007): Barisan Nasional – Political Dominance and the General Elections of 2004 in Malaysia, in: Südostasien aktuell, Nr. 2, S. 38-65.

Ufen, A. (2008): Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Südostasien: Indonesien und Malaysia im Vergleich, in: Südostasien aktuell, Nr. 1, S. 67-84.

Ufen, A. (2006): Die Wahlen im Bundesstaat Sarawak: Der Beginn einer langsamen Transformation des Parteiensystems?, in: Südostasien aktuell, Nr. 5, S. 81-93.

Ufen, A. (2005): Oppositionsparteien und die Barisan Alternatif in Malaysia: Entwicklung, Struktur und Erfolgsaussichten, in: Südostasien aktuell, Nr. 1, S. 41-52.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM